

Protokoll der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Bildung, Soziales, Integration und Kultur“

Sitzungstag: 06.12.2021 Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr Sitzungsende: 18:23 Uhr Sitzungsart: online

Vom Ortsamt

Jörn Hermening

Vom Fachausschuss

Marcel Hilker

Timo Nobis

Hannelore Sengstake in Vertretung für Dr. Christian Kornek

Beata Linka

Waltraut Otten

Alexander Schober

Ralf Bohr in Vertretung der Fraktion B90/Die Grünen

Beratend

Uwe Janko

Carsten Koczwarra (bis 17:36 Uhr)

Gäste

Sebastian Gerber (GS Alter Postweg)

Anna Vosloh (GS Osterhop)

sowie weitere Interessierte

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.10.2021 und Rückmeldungen

TOP 2: Kostenloses Schulfrühstück in Hemelingen

TOP 3: Schutz wohnungsloser Menschen durch akzeptierte Orte

hier: Diskussion und ggfs. anschließende Beschlussfassung auf Basis des Beschlusses Beirat Mitte vom 26. Mai 2021 zum Schutz wohnungsloser Menschen durch akzeptierte Orte

TOP 4: Sprachstand Schuleingangsuntersuchungen

hier: Austausch zur Antwort des Ressorts vom 30.06.2021 und 25.08. und ggfs. anschließende Beschlussfassung

TOP 5: Aktueller Sachstand Ganztagsausbau im Stadtteil Hemelingen

TOP 6: Ggf. Globalmittel

TOP 7: Verschiedenes (u.a.)

Sitzungstermine 2022

Jörn Hermening begrüßt die Anwesenden. Da gegen den mit der Einladung versandten Vorschlag keine Änderungs-/Ergänzungswünsche geäußert werden, gilt dieser als Tagesordnung beschlossen. Bei Abstimmungen werden alle Abstimmungsberechtigten einzeln aufgerufen und um Abstimmung gebeten.

Jörn Hermening teilt mit, dass Christa Komar aus dem Beirat zurückgetreten ist. Nach der Neubenennung eines Mitgliedes für den Ausschuss wird auch der Sprecherposten neu gewählt.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.10.2021 und Rückmeldungen

Das Protokoll der Sitzung vom 04.10.2021 wird genehmigt

Rückmeldungen:

Mittel für die Finanzierung eines Gummiplatzes auf dem Spielplatz in der Schlegelstraße wurden im WiN-Forum reserviert. Das Amt für Soziale Dienste (AfSD) Spielraumförderung und der Umweltbetrieb Bremen (UBB) würden keinen Bedarf dafür sehen und würden die Maßnahme ablehnen. Gründe seien u.a. mangelnde gendergerechte Beteiligung entsprechend der Qualitätsstandards im AfSD und Folgekosten im Unterhalt. Zudem sei der Platz in einem guten Zustand und könne kostengünstig wiederhergerichtet werden. Für den Bau eines Gummiplatzes würden zudem derzeit die Kapazitäten fehlen. Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) sieht die Förderfähigkeit vor diesem Hintergrund kritisch.

Jörn Hermening teilt mit, dass er das Thema ebenfalls im Geschäftsführungsausschuss für eine Befassung im Beirat vortragen werde. Heute wurde in einem Austausch mit dem AfSD (Videokonferenz) nochmal daran appelliert eine gemeinsame Lösung im Beirat am 13.01.2022 zu finden, ohne dass es zu einer Deputationsbefassung kommen muss.

TOP 2 Kostenloses Schulfrühstück in Hemelingen

Anna Vosloh von der Grundschule Osterhop berichtet, dass derzeit das Obst und Gemüse in 8 Klassen angeboten und gut angenommen wird. Das Frühstücksangebot vor Schulbeginn soll auch wiederaufgenommen werden. Das derzeitige pandemiebedingte Kohortensystem führt dabei zu besonderen Herausforderungen in der Organisation. Derzeit gibt es in der Schule noch das Problem fehlenden Personals für das Angebot. Schüler:innen bekommen teilweise kein Pausenbrot mit und/oder frühstücken zu Hause nicht. Dies wird auch bei den Elterngesprächen angesprochen - das hilft auch oft, allerdings nur für ein paar Wochen. Sebastian Gerber von der Grundschule Alter Postweg schließt sich an, das Personal ist aber dort geregelt. Da seine Schule aufgrund der Sozialindikatorenbewertung aus dem Schulobstprogramm der EU herausgefallen ist, bittet er darum, die beim Beirat für das Schulfrühstück beantragten Mittel auf die Anschaffung von Obst für die Pausen zu übertragen.

Beschluss: Der Ausschuss schließt sich dem Wunsch zur Umwidmung an.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Sebastian Gerber berichtet auf Nachfrage, dass es schwierig ist die Eltern zu erreichen, die ihre Kinder nicht ausreichend mit Frühstück versorgen, mit Emails und Briefen erreichen Sie eher die engagierten Eltern, bei denen die Versorgung klappt.

Im Ausschuss kommt die Frage auf, ob es auch an Oberschulen Probleme in Bezug auf Versorgung der Kinder- und Jugendlichen von zu Hause aus gibt.

Heike Schilling vom Quartiersmanagement berichtet von einem Projekt dazu an der Wilhelm-Olbers-Oberschule.

Thema IT-Stunden für Schulen:

Aus dem Ausschuss kommt die Nachfrage, ob mit 1 Std. pro Woche die Pflege der IT (PCs und iPads) in den Schulen gewährleistet werden kann.

Aus den Schulen kommt die Rückmeldung, dass das nicht der Fall ist, aber für viele weitere Aufgaben würden ebenfalls Stunden fehlen. In der GS Osterhop ist die stellv. Schulleitung bereits lange nicht besetzt. In der GS Alter Postweg sind viele zusätzliche Aufgaben wegen der Interimslösung und der Planung des Neubaus dazu gekommen.

Das Ortsamt wird gemeinsam mit den Schulen die verschiedenen Bedarfe eruieren und dazu einen Beschlussvorschlag vorbereiten.

TOP 3 Schutz wohnungsloser Menschen durch akzeptierte Orte

hier: Diskussion und ggfs. anschließende Beschlussfassung auf Basis des Beschlusses Beirat Mitte vom 26. Mai 2021 zum Schutz wohnungsloser Menschen durch akzeptierte Orte

Beschluss des Beirats Mitte

vom 26. Mai 2021

zum Schutz wohnungsloser Menschen durch akzeptierte Orte

In der Stadtgemeinde Bremen sind aktuell bzw. nach wie vor mehrere Hundert Menschen wohnungs- oder obdachlos. Die Ursachen hierfür sind sehr vielfältig. Oftmals ist die Wohnungs- bzw. Obdachlosigkeit das Ergebnis eines längeren Prozesses, in dessen Verlauf sich die soziale Lage der betroffenen Menschen dramatisch verändert hat. Der Verlust des Arbeitsplatzes, eine Trennung oder andere tiefgreifende Veränderungen in der familiären Situation, Alkoholismus oder Drogensucht, aber auch Migrationsprozesse bzw. Fälle, in denen Betroffene Opfer von Schleppern werden, können hierfür ursächlich sein. Ebenso vielfältig und unterschiedlich ausgeprägt sind die hiermit einhergehenden Probleme der Betroffenen, ihre gesundheitlichen Einschränkungen oder der Grad der Verelendung. Insgesamt sind Wohnungs- bzw. Obdachlose äußeren Einflüssen oder möglichen Angriffen Dritter häufig relativ schutzlos ausgeliefert und werden deshalb oftmals auch Opfer von Straftaten. Obdachlose Frauen sind hierbei in besonderer Weise betroffen.

Obdachlosigkeit bzw. Wohnungslosigkeit ist in der Regel kein frei gewähltes Schicksal. Die allermeisten Menschen wünschen sich eine eigene Wohnung, waren bzw. sind jedoch nicht in der Lage eine Wohnung zu bekommen oder zu halten.

In Bremen gibt es aktuell ein vielfältiges Spektrum an Hilfsangeboten, um obdachlosen oder von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen zu helfen. Die mit diesen Angeboten verfolgten Zielsetzungen sind ebenso vielschichtig und orientieren sich an den jeweiligen Lebenslagen und Unterstützungsbedarfen der Betroffenen. Sie reichen von Hilfe bei der Vermeidung des Verlusts der Wohnung über die Bereitstellung bzw. Vermittlung von einfachem Wohnraum bis hin zu kurz- oder mittelfristigen mehr oder weniger zeitlich begrenzten Plätzen in Gemeinschaftsunterkünften. Nicht zuletzt auch um Fehlentwicklungen in der Vergangenheit zu korrigieren, sollen einzelne vorhandene Angebote ausgebaut bzw. weitere Angebote geschaffen werden. Die Stadtbürgerschaft hat hierzu am 19.11.2019 den Antrag:

„Obdachlosigkeit bekämpfen, Housing First auch in Bremen umsetzen“ beschlossen. Hierin wird der Senat aufgefordert, seine Anstrengungen zu verstärken und ein Konzept zu erstellen, um etwa durch eine Ausweitung von Belegrechten oder die Schaffung von einfachen Wohnangeboten mehr Menschen in Wohnungen zu bringen. Es soll aber auch das Ziel verfolgt werden, die soziale und gesundheitliche Begleitung der Betroffenen kurzfristig zu intensivieren.

Dieser Ansatz ist absolut richtig. Allerdings wird es auch Betroffene geben, die mit diesen Angeboten nicht erreicht werden können, etwa, weil sie wegen ihrer persönlichen Veranlagung noch nicht in der Lage sind, in einer festen Wohnung, etwa im Geschosswohnungsbau zu leben. Hier bietet das Konzept der mobilen, so genannter Tiny-Houses, einen vielversprechenden Ansatz, um einen Übergang zu ermöglichen und weitere Verelendung zu verhindern. In Extremfällen gibt es auch Menschen, die es wegen stark auffälligen Verhaltens oder stark fortgeschrittener Verelendung noch nicht einmal schaffen, die entsprechenden Gemeinschaftseinrichtungen zu erreichen oder sich darin zu halten. Es bedarf der Möglichkeit bzw. der Orte den Kontakt zu diesen Menschen zu halten, um sie mit Hilfe der begleitenden Sozialarbeit mit Angeboten zu erreichen, die ggf. perspektivisch ein erster Schritt zu einer späteren eigenen Wohnung sein können.

In Bremen gibt es eine Vielzahl Orte, an denen sich Wohnungs- oder Obdachlose, aber auch Menschen mit schwerwiegenden sozialen Problemlagen, wie z. B. Alkohol- oder Suchterkrankungen, die noch eine eigene Wohnung besitzen, tagsüber aufhalten. Einige sind als solche definiert bzw. eingerichtet und werden zum Teil betreut, andere haben sich

durch die Nutzungen entwickelt und werden mehr oder weniger toleriert. Oftmals können die Betroffenen hier aber auch durch Angebote über Streetworker*innen oder andere aufsuchende Hilfen, wie z.B. die Suppenengel, erreicht werden. Diese Orte verteilen sich zwar über die Stadt, finden sich jedoch oftmals an zentralen öffentlichen Plätzen oder im Umfeld des Hauptbahnhofes bzw. in der Nähe von Angeboten der Drogen- oder Wohnungslosenhilfe und damit besonders häufig im Stadtteil Mitte. Es ist in jedem Fall zu begrüßen, dass den Menschen auch an den nicht definierten Orten aktuell überwiegend nicht mit restriktiven Verdrängungsmaßnahmen begegnet wird. Trotzdem gehen mit der teilweise exzessiven Nutzung des öffentlichen Raumes am Hauptbahnhof, z.B. im Haltestellenbereich, Konflikte einher, für die auf die Dauer Lösungen gefunden werden müssen.

Beschluss:

Vor diesem Hintergrund,

□ begrüßt der Ausschuss Soziales, Bildung und Kultur des Beirates Mitte das von der Stadtbürgerschaft beschlossene Programm Housing First und dessen Ansatz einer Kombination aus vorrangiger langfristiger Vermittlung in Wohnungen und kurzfristiger Ausweitung der gesundheitlichen und sozialen Betreuung und wünscht sich eine möglichst zeitnahe Umsetzung.

□ fordert der Ausschuss, den sogenannten Szene-Treff am Hauptbahnhof, soweit dies möglich ist, zeitnah wieder in Betrieb zu nehmen bzw. eine konzeptionelle Alternative zu entwickeln und umzusetzen, welche adäquate Lösungen für die in der ersten Betriebsphase (vor Beginn der Corona-Pandemie) zu Tage getretenen Probleme (Konflikte zwischen einzelnen Nutzer-Gruppen, Unzulänglichkeiten der Örtlichkeit etc.) bietet

□ spricht sich der Ausschuss grundsätzlich dafür aus, dass bedarfsentsprechend weitere Orte geschaffen oder toleriert werden, an denen sich Obdach- oder Wohnungslose bzw. Menschen mit schwerwiegenden sozialen Problemlagen, Alkohol- oder Suchterkrankungen toleriert aufhalten können:

1. Die Orte sollen sich an den bestehenden Bedarfen orientieren und gegebenenfalls an vorhandenen Strukturen oder bereits genutzten Orten anknüpfen. Die Orte sollten den Bedarfen folgen, wobei regionale Ballungen von Problemlagen vermieden werden sollen.

2. Die Einrichtung oder der Unterhalt der Orte darf nicht zu größeren Konflikten mit ihrer Umgebung führen. Bei der Identifikation der Bedarfe und möglicher geeigneter Orte kommt den Stadtteilbeiräten eine wichtige Rolle zu. Sie üben diese zusammen den Trägern der Sozialen Arbeit in den Bereichen Drogen- und Wohnungslosenhilfe sowie der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport aus. Eine Zusammenarbeit mit Betroffenenorganisationen wie dem Bremer Aktionsbündnis „Menschenrecht auf Wohnen“ ist ebenfalls anzustreben. Der Konfliktvermeidung soll gegebenenfalls auch die Schaffung geeigneter bedarfsorientierter Infrastruktur dienen um negative Auswirkungen auf die Umgebung zu reduzieren bzw. zu verhindern, z.B. durch die Aufstellung mobiler sanitärer Anlagen.

3. In Einzelfällen sollten auf solchen Flächen gegebenenfalls auch temporäre Übernachtungen für Menschen ermöglicht werden, die nicht in der Lage sind, den Weg in eine der bestehenden Unterkünfte zu finden oder sich dort adäquat zu verhalten. Diese Möglichkeit stellt ausdrücklich keine Abkehr von der vorrangigen Zielsetzung dar, Menschen perspektivisch in eigene Wohnungen zu bringen, sondern soll eine Alternative zu schutzlosem Übernachten an wahllosen Orten sein. Sie soll weiterhin dem Zweck dienen, den Kontakt zu den oftmals besonders stark Betroffenen nicht zu verlieren, um sie ggf. mit Angeboten erreichen zu können.

4. Bei entsprechender Eignung sollte an diesen Orten auch die Aufstellung mobiler Tiny-Houses in Betracht kommen.

□ Der Ausschuss bzw. der Beirat Mitte werden einen entsprechenden Prozess initiieren, um im Beiratsgebiet etwaige Bedarfe und Möglichkeiten zu prüfen und mögliche geeignete Flächen und Kooperationspartner zu identifizieren. Der Beirat appelliert an die anderen Beiräte, sich des Themas auch in ihren Beiratsgebieten anzunehmen.

Schutz Wohnungsloser Menschen – Zusammenfassung des Antrages des Beirates Mitte

- Mehr Wohnungsbelegungsrechte der Stadt
- Ermöglichung von Tiny-Houses
- Unterstützung des Programms Housing-First – also Menschen vor allem und zuerst in festen Wohnraum vermitteln
- Szene-Treff am Hauptbahnhof wieder Betrieb nehmen
- Weitere Orte für Obdachlose und Suchtkranke sollen geschaffen werden, die mit dem Umfeld und der Nachbarschaft abgestimmt werden sollen
- Temporäre Übernachtungen auf öffentlichen Flächen, ggf. auch Aufstellung von Tiny-Houses dort.
- Der Beirat wird selbst Flächen und Maßnahmen im Stadtteil prüfen.

Beschluss:

Der Beirat Hemelingen schließt sich inhaltlich den Forderungen des Beirates Mitte an. Temporäre Wohnformen dürfen nur eine Übergangslösung sein.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 4 Sprachstand Schuleingangsuntersuchungen

hier: Austausch zur Antwort des Ressorts vom 30.06.2021 und 25.08.2021 (Anlagen 1 und 2) und ggfs. anschließende Beschlussfassung

Nach Diskussion wird folgender Beschluss gefasst, der auch den Schulen im Stadtteil direkt zugeleitet werden soll.

Beschluss:

Bezugnehmend auf das Antwortschreiben vom 25.08.2021 bittet der Beirat Hemelingen um Auskunft, wie und an welchen Schulen im Stadtteil Hemelingen das Programm „Aufholen nach Corona“ umgesetzt wird.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 5 Aktueller Sachstand Ganztagsausbau im Stadtteil Hemelingen

Nach Diskussion der Antwort von SKB vom 02.11.2021 (Anlage 3) wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Beirat Hemelingen bittet um Vorlage eines detaillierten Zeitplanes für den Ganztagsausbau in Hemelingen jeweils für die einzelnen Schulen incl. der geplanten Zeitpunkte für die notwendigen Beschlüsse dazu in den zuständigen Gremien.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 6 Globalmittel

Anfrage zur Förderung des Stadtteilprojekts BUCHWERKSTATT an der Grundschule Osterhop (Anlage 4)

Im Ausschuss wird festgestellt, dass das gesamte Projekt in den vorangegangenen Förderungen (über WiN/BGH Hemelingen) nur 3.500 € gekostet hat. Bei der Beratung der Globalmittelvergabe im kommenden Jahr soll dies berücksichtigt werden, das Ortsamt wird dazu mit der Antragstellerin Rücksprache halten.

TOP 7 Verschiedenes

Sammlung von Fragen zur Verlängerung ÜWH Grünes Dorf im Beirat im Januar, die zur Vorbereitung an das Ressort weitergegeben werden.

- Wie ist die Belegung derzeit – Männer, Frauen, Familien, Kinder U3/Ü3
- Gibt es für die Kinder Krippen/Kita Angebote? (auch in Bezug auf die Tempo-30 Forderung des Beirates)
- Wie ist der Anteil von Menschen, die geduldet sind bzw. einen Antrag auf Duldung gestellt haben (u.a. aus dem Westbalkan)
- Bleibt die bisherige Trägerschaft?
- Wie ist die personelle Ausstattung, auch mit pädagogischem Personal?
- Wie lang soll das ÜWH verlängert werden?

Sitzungstermine 2022

24.01.2022

02.05.2022

Neu: 21.03.2022

11.07.2022

10.10.2022

12.12.2022

(Sitzungsbeginn jeweils um 16:30 Uhr)

Zu den Planungskonferenzen Kita von SKB soll zukünftig auch wieder der Beirat eingeladen werden.

Themen für die nächste Sitzung des Fachausschusses am 24.01.2022:

- KiTa-Ausbau – dazu sollen die Anlagen aus den regelmäßigen Berichten im Beirat an den FA vor der Sitzung versendet werden.
- Globalmittel

Themenspeicher:

- erneute Behandlung Thema Prekäre Wohnverhältnisse, ggf. mit dem FA Bau zusammen
- Schulvereine
- Globalmittel

gez. Hermening
Sitzungsleitung u.
u. Protokoll

gez. Schober
stellv. Sprecher